

TTIP: SO NICHT!

Derzeit verhandeln die EU-Kommission und die USA ein Abkommen über die Ausgestaltung einer umfassenden Transatlantischen Freihandelszone – die „Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)“. Das hinter verschlossenen Türen von den VertragspartnerInnen erarbeitete Papier verspricht mehr Wachstum, Marktfreiheiten und den Abbau von Handelsbarrieren. Privilegierten Zugang zu den Dokumenten erhalten etwa 600 ausgewählte Lobbyisten. Die EU-Mitgliedsstaaten und deren demokratisch gewählten Parlamente werden in den Diskussions- und Entscheidungsprozess jedoch nur unzureichend eingebunden. Wir befürchten zudem, dass neben Inhalten des 2012 gescheiterten *Datenschutzabkommens ACTA* sowie dem 1998 fallengelassenen *Multilateralen Abkommen über Investitionen MAI* auch die Einfuhr bestimmter, derzeit in der EU verbotener Lebensmittel im Rahmen des Freihandels neu verhandelt und doch noch durchgesetzt werden könnten.

Unnötiger Investorenschutz

Im Zusammenhang mit dem TTIP wird erneut ein umfassender Investorenschutz verhandelt. Dieser würde Unternehmen die Möglichkeit geben, Staaten aufgrund einer wirtschaftlichen Diskriminierung ausländischer Investoren im Zuge bestehender Standards vor einem (privaten) Schiedsgericht zu verklagen. Derartige Abkommen wurden bislang vorwiegend mit Ländern geschlossen, in denen keine oder nur unzureichend funktionierende Rechtssysteme vorhanden sind. In einem Abkommen zwischen den USA und der EU kann und darf dieses Argument nicht greifen. Das von privaten Anwälten geführte Schiedsgericht wird in bisherigen Abkommen zumeist intransparent, demokratisch nicht legitimiert, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Möglichkeit eines Berufungsverfahrens geführt. Konzerne erhielten einen ähnlichen Rechtsstatus wie Staaten und könnten nationale Rechtssysteme und Vorschriften aushebeln. Die EU arbeitet daher bereits an deutlichen Verbesserungen – unter anderem der Übernahme der Kosten durch Investoren beim Scheitern des Verfahrens, einem transparenteren Ablauf und der Möglichkeit der Berufung. Nichtsdestotrotz begrenzt das Abkommen die Souveränität der beteiligten Staaten und die unabhängige Rechtsprechung. Die selbstbestimmte Gestaltung von Gesellschaften, Staaten und Regionen, die nicht allein ökonomischen Zielen folgt, wird eingeschränkt.

Auswirkungen auf EU-Standards und regionale Wirtschaftskreisläufe

Weitere Kritikpunkte am geplanten Freihandelsabkommen TTIP sind die gegenseitige Anerkennung von niedrigeren Standards und der Wegfall von Zöllen, wodurch insbesondere in der Lebensmittelproduktion eine deutlich verschärfte Konkurrenz von Produkten auf dem Markt zu erwarten ist. Zweifellos sind eine Angleichung von Standards und der Wegfall unnötiger Bürokratie in einigen Bereichen der Industrie sicher sinnvoll, mit Blick auf die europäische Finanzpolitik sogar wünschenswert. Wir sehen jedoch die Gefahr, dass der Wettbewerb und Preiskampf für unsere Produkte höherer ökologischer und sozialer Standards womöglich nicht zu gewinnen sein wird. Dabei sind es gerade die regionalen Lebensmittel, die auch mit Blick auf externe Umweltfolgekosten Vorrang vor weit transportierten Waren haben sollten. Ein schleichender Rückgang zugunsten US-amerikanischer Waren wäre in einer Freihandelszone allerdings nicht ausgeschlossen. Es wäre mit einem Wegfall gewachsener regionaler Wirtschaftskreisläufe und daran gekoppelter Arbeitsplätze, einem Verlust von Perspektiven der Landbevölkerung und einer Zunahme der Landflucht zu rechnen. Wir befürchten, dass diesem wirtschaftlichen Verfall landwirtschaftlich geprägter Regionen auf europäischer Seite mittel- bis langfristig mit einer Absenkung unserer hart erkämpften Standards und einer Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion begegnet werden könnte. Das Maß der Verhandlungen darf daher kein Kompromiss zweier ungleicher Standards durch gegenseitige Anerkennung sein. Vielmehr müssten aus unserer Sicht die jeweils höheren Standards Grundlage für Verhandlungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sein.

Plädoyer an die VerhandlungspartnerInnen

Als demokratisch und partizipativ organisierter Jugendverband setzen wir uns für unsere Schöpfung ein, achten Menschenrechte, Generationengerechtigkeit und handeln nach ökologischen, fairen, saisonalen sowie regionalen Kriterien. Daher kritisieren wir die bisherige undemokratische Verhandlungsweise, die nicht kalkulierbaren Risiken für den Bereich der Lebensmittelproduktion und -sicherheit sowie die gefährdete Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume in der EU.

Für ein zukunftsweisendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA fordern wir deutliche Veränderungen:

- transparente Verhandlungen
- einen klaren Rechtsschutz auf Basis etablierter nationaler und europäischer Gerichtsverfahren
- das Bekenntnis zu und den Erhalt von nationalen und europäischen Sozial- und Umweltstandards, wie dem Kraftstoffverbrauch oder der Energieeffizienz
- die Anerkennung der Vorbehalte von EU-BürgerInnen in Bezug auf die grüne Gentechnik
- die Stärkung und nachhaltige Sicherung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- die Internalisierung externer Umweltfolgekosten bei der Preisgestaltung von Produkten
- die kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen einer transatlantischen Freihandelszone auf die Länder des globalen Südens

Solange diese Veränderungen nicht erkennbar sind, sprechen wir uns für einen sofortigen Stopp und den Rückzug der EU aus den Verhandlungen zum TTIP in seiner bisherigen Form aus.